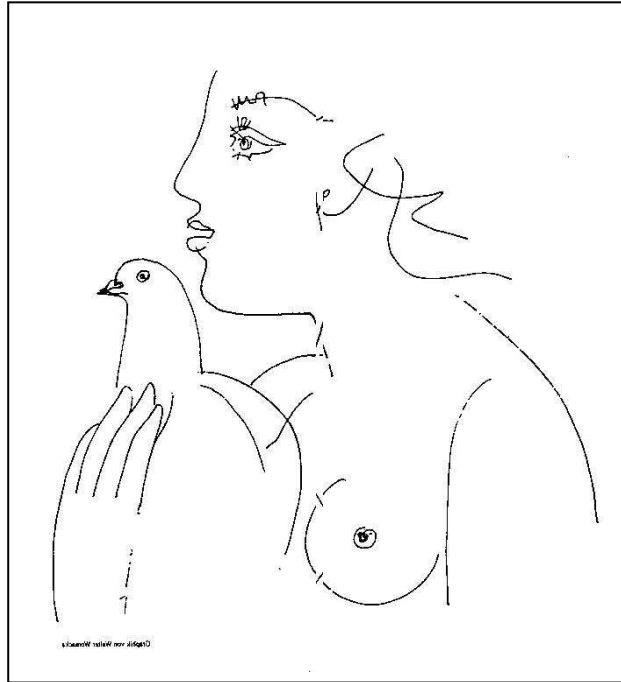


Nr. 101



Wer gewinnt das Weiße Haus?

Zu einigen Aspekten des Wahlkampfes in den USA –
drei Monate vor dem Wahltag am 6. November 2012

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 22. August 2012

Am 6. November 2012 finden in den USA Wahlen statt, die international und für die Entwicklung der USA von außerordentlicher Bedeutung sind. Gewählt werden: Der Präsident und der Vizepräsident für die nächste Amtszeit von 4 Jahren; alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses für eine Legislaturperiode von zwei Jahren und rund ein Drittel der 100 Senatoren für die nächsten sechs Jahre.

Das politische System in den USA wird bekanntlich durch die beiden großbürgerlichen Parteien - die Demokratische und die Republikanische Partei - beherrscht und die Repräsentanten dieser beiden Parteien führen gegenwärtig einen sich immer mehr zuspitzenden politischen und ideologischen Kampf um die Besetzung der zentralen Wahlfunktionen und um die Führung in den entscheidenden Machtgremien der USA, dem Weißen Haus, der Regierung und des Kongresses.

In einer ganzen Reihe der 50 Bundesstaaten der USA werden am gleichen Tag Gouverneure und Mitglieder der jeweiligen Parlamente (House und Senat) neu gewählt.

Außerdem werden in den Städten und Verwaltungsbezirken wieder Landtage gewählt. In speziellen Wahlkämpfen stehen die Besetzung der Schulkommissionen und anderer gesellschaftlicher Gremien sowie die Wahl von Richtern, Bürgermeistern und Sheriffs auf der Tagesordnung.

Schließlich werden in vielen US-Bundesstaaten Volksentscheide beziehungsweise Volksabstimmungen durchgeführt, die von Bürgerinitiativen angeregt wurden.

Im Präsidentschaftswahljahr 2012 werden Charakter und Inhalt der Wahlkämpfe, ihre Formen und Methoden und die Wahlergebnisse maßgeblich, von einer ganzen Reihe wichtiger innen-, außen- und sicherheitspolitischer Faktoren bestimmt, die sich heute in den zugespitzten politischen Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Demokraten widerspiegeln.

Einig ist man sich in politischen Kreisen darin, dass den innenpolitischen Faktoren das Primat zukommt, aber die anderen Faktoren in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden dürfen.

Seit vielen Jahren gibt es in den USA Institutionen, die sich mit Befragungen von Bürgern und Schätzungen darum bemühen, in der Öffentlichkeit ihre Umfrageergebnisse zum Wahlausgang zu präsentieren. In jüngster Zeit haben sie in Vergleichen zwischen Barack Obama und Mitt Romney eine Bewertung der politischen Einflussfaktoren auf die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler am 6. November unter die Lupe genommen: Nach einer Umfrage von NBC News und 'Wall Street Journal' führt Romney mit 43 zu 36 Prozent klar vor Obama auf dem wichtigen Feld der Wirtschaftskompetenz. Doch bei der Frage, wer der bessere 'commander-in-chief', also der für die nationale Sicherheit verantwortliche führende Politiker wäre, hält Obama mit 45 zu 35 Prozent einen ebenso deutlichen Vorsprung, wie auch bei der Einschätzung, wer der bessere Außenpolitiker ist. Da stelle Präsident Obama nach Ansicht der Wähler mit 52 zu 40 Prozent Romney in den Schatten, wie 'USA Today' und das Gallup Institut ermittelten.

Bei Zugrundelegung allgemeiner Wahlabsichten der Bürgerinnen und Bürger nach der Person des künftigen US-Präsidenten führt Obama vor Romney im Durchschnitt, bei den relevanten Befragungsinstituten hingegen nur ganz knapp mit 46,4 zu 44,6 Prozent. (Quelle: [http: www. Abendblatt der Politik/Ausland](http://www.abendblatt.de/Politik/Ausland) vom 26. 07. 2012)

Zu den Einflussfaktoren außen- und sicherheitspolitischen Charakters

Dem aufmerksamen Beobachter des Wahlkampfes 2012 kann nicht entgehen, dass sich die beiden politischen Lager bei den außen- und sicherheitspolitischen Problemstellungen im Wesen nicht voneinander unterscheiden.

Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner stellen die Erhaltung und den Ausbau der Führungsrolle der USA in der Welt in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Das ist ein wesentliches Moment im politischen Kampf der beiden Parteien um den Machter-

halt bzw. um die Erringung der Macht. Dabei liegen die Unterschiede am ehesten in den Konzeptionen, den Methoden und Argumenten, mit denen die Außen- und Sicherheitspolitik den Wählern dargestellt werden soll, was sowohl die Bewertung der Bilanz des amtierenden Präsidenten Barack Obama als auch die zukünftigen Zielstellungen der Politik der USA in diesen Fragen betrifft. Wahlexperten in den USA, die sich auf professionelle Art und Weise der Untersuchung und Darstellung des Wahlverhaltens der Menschen widmen und sich ganz gezielt mit den verschiedenen Einflussfaktoren auf das menschliche Wahlverhalten beschäftigen, kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass höchstens ein Prozent der Wählerinnen und Wähler bei ihren persönlichen Entscheidungen für den zu wählenden Präsidenten der USA den außen- und sicherheitspolitischen Einflussfaktoren den Vorrang einräumt. Dem scheint jedoch die Tatsache zu widersprechen, dass beide Seiten – Demokraten und Republikaner – auch auf diesem Gebiet einen zugespitzten Wahlkampf führen.

Der republikanische Favorit bei den bevorstehenden Wahlen Mitt Romney wird nicht müde zu betonen, dass die Republikanische Partei die angeblich durch die Politik von Obama verloren gegangenen internationalen Positionen in der Führung der Welt auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie der Kultur zurückgewinnen wolle. Im Umgang mit anderen Nationen habe die Obama-Administration manchen Partnern Vertrauen geschenkt, wo es nicht angemessen war, Kränkungen zugefügt, die nicht angemessen waren, und um Entschuldigung gebeten, wo das nicht nötig war. Das Weiße Haus habe Obama als Kämpfer gegen den internationalen Terrorismus qualifiziert, der er in der Tat nicht gewesen sei. Schließlich strebten die Republikaner danach, den Führungsanspruch der USA in der Welt zu erneuern und das US-amerikanische Jahrhundert zu sichern und weiter auszubauen.

Im Wahlkampfteam von Mitt Romney wurde unter anderem die Idee geboren, dass er sich doch während der Olympiadezeit in London gewisse bis jetzt noch fehlende Eigenschaften und Fähigkeiten als Außenpolitiker der USA aneignen könnte. In der Tat jedoch geschah dabei etwas, was man befürchtet hatte: Sein Auftakt vor Pressevertretern in London ging daneben, weil er hohe britische Politi-

ker mit der Behauptung brüskierte, er habe aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als Geschäftsführer des Organisationskomitees für die Olympischen Winterspiele 2002 in Salt Lake City / Mormonen-Bundesstaat Utah festgestellt, dass London in Bezug auf den Stand notwendiger Sicherheitsvorkehrungen für Olympia ungenügend vorbereitet sei.

Die Retourkutschen der britischen Politiker waren sehr klar und deutlich. Premierminister David Cameron stellte fest: "Wir richten die Olympischen Spiele in einer der geschäftigsten, aktivsten, belebtesten Städte der Welt aus. Es ist natürlich leichter, wenn man Olympische Spiele in der Mitte des Nirgendwo ausrichtet."

Der Londoner Bürgermeister Boris Johnson hatte im Hyde Park vor zehntausenden Menschen erklärt: "Da gibt es einen Typen namens Mitt Romney, der wissen will, ob wir für Olympia 2012 bereit sind, - jawohl, wir sind bereit." Es war nicht die einzige Panne Mitt Romneys, die ihm während seiner ersten Europa-Tour unterlaufen ist.

Als zweite Reisesstation hatte Mitt Romney Israel und hier besonders Jerusalem ausgewählt. Norman Paech, emeritierter Professor für Völkerrecht, verfasste eine Gastkolumne im „neuen deutschland“ vom 4./5. August 2012 auf S. 1 mit der Überschrift "US-Wahlkampf in Jerusalem".

Professor Norman Paech schreibt: "Kaum hatte Mitt Romney Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärt, die militärische Option zur Verhinderung einer atomaren Rüstung Irans wie auch die Souveränität Israels bei der Entscheidung bekräftigt, ob und wann es gegen Iran losschlägt, da eilte Obamas Verteidigungsminister Leon Panetta herbei, um ins gleiche Horn zu stoßen. Er konnte sich zwar nicht leisten, ebenfalls die Hauptstadt-Melodie zu spielen, denn es ist offizielle US-Position - wie die aller anderen Staaten der UNO - die faktische Annexion Jerusalems durch Israel nicht anzuerkennen. Die Drohung gegen Iran unterschied sich in Inhalt und Schärfe aber nicht von der des republikanischen Wahlkämpfers.

Als Völkerrechtsspezialist weist Prof. Norman Paech nach, wie sich im Wahljahr 2012 im Vergleich zu früheren Zeiten das Buhlen von

Obama und Romney um das Prädikat "größter Freund Israels" vollzieht. Offensichtlich haben beide großen Gefallen an den Möglichkeiten des Militärs gefunden: "In was für Zeiten leben wir eigentlich, wenn sich Wahlkämpfer von der Ankündigung eines Krieges mehr Stimmen versprechen als vom Bekenntnis zu Frieden."

Mitt Romney stellte sich bei Absolvierung seiner zweiten Station der ersten Europatour sowohl als Mann der Stärke und Entschlossenheit zu Gunsten Israels und der USA dar, aber auch als Macher zur Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse. Zum Beispiel sammelte er von 40 Großspendern von Wahlgeldern über eine Million Dollar für seinen Wahlkampf und hofft, damit in den USA die Unterstützung durch die einflussreiche jüdische Lobby anzuregen. Er entzog sich jedoch ohne Skrupel dem Besuch eines palästinensischen Flüchtlingslagers und einer Begegnung mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Dessen Vertrauter Saeb Erekat sprach von einem rassistischen Statement Romneys.

Seine dritte Reisesation Polen nutzte Mitt Romney vor allem, um seine Auffassung von Russland als "Amerikas geopolitischem Feind Nummer eins" zu bekräftigen und mit seinem Besuch in Gdansk und Warschau die katholische und die aus Osteuropa stammende Wählerschaft zu Hause in den USA für sich zu erwärmen.

Beim Treffen mit dem einstigen Gewerkschaftsführer, dem Altpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa, der letztes Jahr eine Begegnung mit US-Präsident Obama ausgeschlagen hatte, sprach Walesa zur Freude seines Gastes eine Wahlempfehlung für Romney aus. Dessen Sieg sei nötig, um in der heutigen Welt die globale Führungskraft der USA wiederherzustellen. Die USA müssten seiner Meinung nach "mit Strukturen und Programmen" führend bleiben. Er teile dieselben Werte wie sein hoher US-amerikanischer Gast.

Die sechstägige Europa-Tour, mit der Mitt Romney seine außen- und sicherheitspolitische Kompetenz unterstreichen wollte, wird in den USA unterschiedlich bewertet.

Medien, die rechts der Mitte eingeordnet werden, wie beispielsweise das "Wall Street Journal", beschreiben die Tour insgesamt als eine

erfolgreiche Pflichtübung, die allerdings durch ein paar Pannen überschattet wurde. Das Blatt interpretiert freundliche Worte prominenter Gesprächspartner als Wahlempfehlung zugunsten Romneys und gegen Amtsinhaber Obama. Als Beleg zitiert es den Ex-Gewerkschaftsführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa mit den Worten: "Ich wünsche, dass er erfolgreich ist, denn die USA sind auf diesen Erfolg angewiesen und Europa natürlich auch."

Presseorgane links der Mitte stellen in den Vordergrund, dass Romney in jedem Land mit ungeschickten Äußerungen Verwundung und Kritik ausgelöst habe. Die "Washington Post" bilanziert: "Er hat sich von Obama abgesetzt, aber auf eine Weise, die er nicht beabsichtigt hatte." Die "New York Times" kommentiert, der Probeauftritt dafür, was Romney in der Außenpolitik anders machen würde, sei "nicht ermutigend."

Beide Lager sind sich in der Feststellung einig, dass der Verlauf der Reise kaum Einfluss auf den Wahlausgang am 6. November 2012 haben werde. Romney habe sein Ziel, sein Ansehen zu erhöhen, nicht erreicht.

Nunmehr soll es Paul Ryan, Rechtsaußen und Jungstar der Republikanischen Partei, als designierter Vizepräsident richten.

Am 11. August 2012 stellte der republikanische Präsidentschaftsbewerber Mitt Romney seinen von der Parteiführung auserwählten Abgeordneten Paul Ryan für das Amt des Vizepräsidenten vor.

Der durch politische Pannen und mit Versprechern bekannt gewordene Multimillionär Romney kündigte auf dem ausgemusterten WK II Schlachtschiff "Wisconsin" in Norfolk, Bundesstaat Virginia, auf theatralische Weise überschwänglich Paul Ryan an: "Dies ist der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika", bevor er seinen peinlichen Patzer korrigierte.

Der 42-jährige Republikaner Paul Ryan vertritt seit 14 Jahren das mittelamerikanische Wisconsin im Repräsentantenhaus in Washington und fungiert seit Januar 2011 als Vorsitzender des hoch anerkannten Haushaltsausschusses. Seine Vorschläge zum Haushaltsplan wurden zum Programm der gesamten republikanischen Fraktion

im Abgeordnetenhaus erklärt. Er genießt den Ruf des intellektuellen Führers der Republikaner. Die Presse stellt ihn dar als einen der einflussreichsten Politikstrategen der Republikanischen Partei, besonders ihres fundamentalistischen Tea-Party-Flügels.

Paul Ryan ist einer der radikalsten Verfechter der neoliberalen Ideen vom freien Markt, kämpft für weniger Staatseinfluss auf die Wirtschaft, für eine Senkung des Spitzensteuersatzes für Reiche, für einen höheren Militäretat und für eine umfassende Reform des Sozialsystems in den USA auf Kosten der Armen, Alten und Schwachen.

Der Kandidat Paul Ryan gilt aber auch als gewisser Risikofaktor für die Republikanische Partei. Manche seiner Ideen und Vorschläge verkaufen sich schwer als patriotisch und gut für die USA. Strategen der Demokraten verweisen darauf, dass mit dem Duo Romney/Ryan soziale Kälte für die USA drohe. Das Wahlkampfbüro von Obama unterstrich nach der verkündeten Vizekandidatur von Paul Ryan, das nunmehr offensichtlich geworden sei, dass Romney das Land mit der gescheiterten Politik der Vergangenheit führen wolle. Nichts anderes lasse sich aus der Personalakte von Paul Ryan schließen.

Unmittelbar nach der Verkündung der Vizepräsidentschaft von Paul Ryan nahm Präsident Barack Obama ein Dinner mit 100 seiner Sponsoren in seinem Privathaus in Chicago zum Anlass, sich vorsichtig von den Haushaltplänen des ernannten "running mate" zu distanzieren und seine Anhänger auf einen bevorstehenden harten Wahlkampf gegen Mitt Romney einzustimmen. Er benutzte dabei einen scherzhaften Vergleich mit dem jamaikanischen Sprinterstar Usain Bolt bei den Olympischen Spielen in London: "Dies wird kein Rennen wie bei Usain Bolt, bei dem wir 40 Meter vorneweg sind und auf den letzten drei Metern vor der Ziellinie schon anfangen können zu joggen. Wir werden durch das Zielband rennen müssen. Doch wir sind wirklich gut aufgestellt, nicht nur zu gewinnen, sondern auch Amerika weiter voranzubringen." Obama bezeichnete den Republikaner Paul Ryan als ideologischen Anführer: "Er ist ein wortgewandter Sprecher für die Vision von Gouverneur Romney, aber ich stimme mit dieser Vision überhaupt nicht überein." Barack

Obama stellte damit seine Mitstreiter und Anhänger auf einen außerordentlich harten Wahlkampf bis zum 6. November ein.

Als Kandidat der Demokraten hofft Präsident Obama, im Endwahlkampf das republikanische Gegenpaar Romney/Ryan in zweierlei Richtung für sich ausnutzen zu können.

Erstens gilt Ryan als Verfechter eines umfassenden und knallharten Sparprogramms und eines dementsprechenden Haushaltplanes, mit dem Romney in einigen wenigen Punkten (Teilprivatisierung von Medicare, der Krankenversicherung für Ältere) nicht einverstanden sein könne. Dafür besitze Romney einen eigenen Haushaltplan, den er für ausschlaggebend hält.

Zweitens gibt es in den USA Wähler, die von zu Hause aus keiner der beiden großbürgerlichen Parteien zustimmen. Diese könnten bei Kenntnis des Wahlprogramms von Ryan zurückschrecken und dann die Demokraten unterstützen.

In der Presse der USA wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass der Wahlkampf noch vor den beiden Nominierungsparteitagen der Republikaner und der Demokraten im August bzw. im September eine neue politische Note erhalten habe.

Unter dem Gesichtspunkt der Innenpolitik sind gegenwärtig vor allem drei Faktoren für den Einfluss auf die Wahlkampfsituation in den USA von besonderer Bedeutung:

Erstens die seit langem andauernde Krise auf dem Arbeitsmarkt als Kern der krisenhaften sozialen Gesamtsituation der Gesellschaft und ihrer Bürger. Die am Jahresbeginn 2012 einsetzende gewisse Erholung einiger Zweige und Bereiche der Wirtschaft führte nicht zu einem notwendigen Wachstum der gesamten Volkswirtschaft, um die Massenarbeitslosigkeit durch neue Arbeitsplätze zurückzudrängen und von der hohen Arbeitslosenquote von acht bis neun Prozent um einige Prozentpunkte wegzukommen. Das hätte Präsident Obama mächtig geholfen und sein Image wieder gestärkt. Nun argumentiert sein politischer Gegner Mitt Romney, dass der amtierende Präsident keine Fähigkeiten eines Ökonomen besitze, sondern er als ausgesprochener Volkswirtschaftler werde diese wichtige

Aufgabe lösen. Viele Unternehmer fürchteten sogar, dass es unter Präsident Obama zu keiner wirklich echten volkswirtschaftlichen Konjunktorentwicklung kommen werde.

Dazu kommt, dass im Verlaufe des Jahres 2012 die gesamte Wirtschaft der USA, insbesondere die Landwirtschaft - einschließlich Vieh- und Forstwirtschaft, durch lang anhaltende Hitzewellen, weit verbreitete Trockenheit und die schlimmste Dürre seit mehr als 70 Jahren erschüttert wird. Mehr als zwei Drittel des Festlandes der USA gehören laut Berechnung von anerkannten Experten zu dem Dürregebiet der USA. Und in mehr als 30 US-Bundesstaaten haben staatliche Behörden den Notstand ausgerufen, damit Maßnahmen zur Unterstützung der hart betroffenen Bevölkerung in Gang gebracht werden können. Präsident Barack Obama wies im Zusammenhang mit seiner dreitägigen Wahlkampftour am 13. August 2012 nach einem Besuch bei Farmern im Bundesstaat Iowa ein landwirtschaftliches Hilfsprogramm an. Es soll den Opfern der katastrophalen Dürre zugute kommen. Bis Ende September wird das Washingtoner Landwirtschaftsministerium Fleisch, Gemüse und Fisch im Wert von 170 Millionen Dollar (etwa 138 Millionen Euro) aufkaufen. Gleichzeitig wies Obama das Verteidigungsministerium an, für sofortige Einkäufe von Nahrungsmitteln aus einheimischer Produktion zu sorgen und diese einzufrieren. Auch der Zugang zu staatlichen Hilfskrediten und öffentlichem Weideland wurden erleichtert.

In den Katastrophengebieten sind als Folgen der Dürre, Hitze und Trockenheit zu bewältigen:

- **Ernteauffälle:** Die Farmer im mittleren Westen der USA befürchten, mindestens ein Drittel ihrer Ernten zu verlieren. Das Landwirtschaftsministerium geht gegenwärtig davon aus, dass die Ernte landesweit um 17 Prozent geringer ausfallen wird als im vergangenen Jahr. Die konkreten Ernteergebnisse im Herbst und Winter verlangen Neuberechnungen und darauf fußende gründliche und differenzierende Bewertungen für das gesamte Land und die einzelnen Bundesstaaten.
- **Versorgungsprobleme bei wichtigen landwirtschaftlichen Rohstoffen, besonders bei Weizen, Mais und Sojabohnen:** Viele Zwei-

ge und Bereiche der US Volkswirtschaft sind von der Verarbeitung der genannten Agrarrohstoffe abhängig. Sie erwarten in diesem Jahr besonders negative bis hin zu krisenhaften Auswirkungen. Gegenmaßnahmen sind in Gang zu setzen.

- Eine besondere Rolle spielen die Preisentwicklungen für diese Rohstoffe sowohl auf den Binnenmärkten der USA als auch auf den Weltmärkten. Bekanntlich sind die USA einer der größten Produzenten dieser genannten Rohstoffe und zugleich aber auch deren wichtigster Lieferant für den Weltmarkt. Anfang August machte die Weltbank darauf aufmerksam, dass beispielsweise die Preise für Mais seit Juni um 45 Prozent gestiegen sind. Der Preis für Weizen verteuerte sich um 46 Prozent, Reis um 11 Prozent.
- Preissteigerungen bei Lebensmitteln: Besonders bei wichtigen Grundnahrungsmitteln (Brot, Backwaren, Fleisch, Fisch und Kartoffeln) sind hohe Steigerungsraten zu erwarten. Ihr Einfluss auf den Wahlkampf ist unverkennbar. David Backmann, Chef des Hilfswerks Brot für die Welt, schlägt völlig berechtigt Alarm: "Die steigenden Preise treffen die Ärmsten am härtesten."
- Trockenheit: Langzeitprognosen sagen aus, dass sich in den USA die Trockenheit mindestens bis Ende August ausdehnt. Experten befürchten, dass weitere Hitzewellen in vielen US-Bundesstaaten über weitere Monate andauern könnten. Im Landesinneren wächst die damit untrennbar verbundene Not für Menschen (Pleietwelle durch finanzielle Verluste bis hin zum Ruin) und besonders für viele Tierarten (Rinder, Fische und Vögel) besonders stark. Versicherungen rechnen mit einem hohen Kostenaufwand, da sich in den USA viele Bauern und Landwirtschaftsbetriebe gegen Ernteverluste rückversichert haben.

Die Trockenheit erinnert an die verheerenden Naturkatastrophen der 30er Jahre, als Amerikas Herzland inmitten der Großen Depression zu einer gewaltigen "Staubschüssel" durch die schlimmsten Wetterbedingungen seit 350 Jahren geworden war. Millionen Menschen aus dem Bundesstaat Oklahoma verließen damals die heimatliche Scholle und wanderten nach Kalifornien aus.

- Kostensteigerung bei der Herstellung von Treibstoffen: In den USA werden gegenwärtig ca. 40 Prozent der Maisernte zu Ethanol-Treibstoffen verarbeitet. Für die Getreideanbauer im Mittleren

Westen ist daher die Ethanolproduktion eine sichere Einnahmequelle.

Diese Probleme werden ohne jeden Zweifel zu Zuspitzungen in der ohnehin durch die Krisen geschwächten Volkswirtschaft der USA im Allgemeinen und auf dem US-Binnenmarkt im Besondern führen. Drei Monate vor Wahlbeginn werden sie gewiss nicht ohne Auswirkungen auf die Wahlentscheidung vieler US-Bürger am 6. November 2012 bleiben.

Zweitens - die Finanzkrise steht immer noch im Zentrum der Unzufriedenheit und der Unsicherheit der Bevölkerung, von Aktionen gegen die Herrschaft der Wall Street mit ihren mächtigen Banken und Börsen. Die Gier der Finanzwelt und besonders der Großbanken sowie der Konzerne der Immobilien- und Versicherungsbranche verursacht sowohl viele Protestdemonstrationen als auch eine wachsende Bereitschaft bei größeren Teilen der US-Bevölkerung zur materiellen und finanziellen Unterstützung neuer sozialer Bewegungen wie zum Beispiel "Occupy Wall Street" (Besetzt die Wall Street) in New York und in vielen anderen Regionen der USA. Danach wurden ähnliche Beispiele von Protestaktionen in fast allen Kontinenten der Erde bekannt und gesellschaftlich wirksam, in Deutschland besonders in Berlin und Frankfurt am Main.

Unter Präsident Barack Obama hat die US-Administration maroden Banken und Börsen Milliarden Dollar Steuermittel zukommen lassen, um von ihnen die Folgen der Finanzkrise abzuwenden und zu neuen enormen Gewinnen zu gelangen. Niemand in diesem Staatsapparat half auch nur einem US-Bürger, wenn Zwangsversteigerungen von sauer erworbenen Häusern und Wohnungen drohten, weil Bürger ihre Jobs und alles ersparte Geld verloren hatten und die fälligen Hypothekenraten nicht mehr bezahlen konnten.

Drittens - wurde und wird der Wahlkampf maßgeblich von mehreren Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes der USA beeinflusst. Das betrifft das knappe 5:4-Urteil darüber, das die Gesundheitsreform des Präsidenten Obama mit der Verfassung übereinstimmt, die knappen Urteile über das gekippte Einwanderungsge-

setz im Bundesstaat Arizona und über den zu schlichtenden Streit um die Finanzierung der Wahlkampfkosten durch Firmen und Organisationen, ausgelöst durch eine Klage des kleinen Bundesstaates Montana. Diese Urteile werden gewiss – so wie die Massenarbeitslosigkeit und die Finanzkrise – Einfluss auf die Wahlentscheidungen der Wählerinnen und Wähler haben

In der Öffentlichkeit der USA wird immer mehr dem Standpunkt zugestimmt, dass aus innenpolitischer Sicht diese drei Faktoren zusammen genommen den Wahlausgang im Jahre 2012 gleichwertig mitbestimmen können.

Die unabhängige Stiftung 'Open Secrets com' sagte voraus, dass beide Lager, der Demokraten und der Republikaner, insgesamt rund sieben Milliarden Dollar für die Rennen um Kongress und um das Weiße Haus sammeln werden. Davon dürften mindestens 2,3 Milliarden Dollar in den Präsidentschaftswahlkampf fließen. Gut ein Drittel dieser finanziellen Mittel wird jedoch nicht von den Kandidaten selbst kontrolliert, sondern von unabhängigen Firmen und Organisationen.

Am 5. März 2012 veröffentlichten im SPIEGEL die beiden Journalisten Sebastian Fischer und Marc Pitzke mit der Überschrift "Geld regiert die Politik" einen Artikel, in dem sie auf folgende zwei Konsequenzen im Wahlkampf in den USA des Jahres 2012 aufmerksam machten:

Erstens: "Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 wird der teuerste und brutalste aller Zeiten werden. Allein Obama hofft auf eine Milliarde Dollar an direkten Wahlspenden, rund 250 Millionen Dollar mehr als vor vier Jahren. Die Republikaner dürften kaum weniger aufbringen. Wie rüde dabei der Umgangston sein wird, zeigen bereits die Vorwahlen der Konservativen, die zur beispiellosen Schlammschlacht verkommen sind, bei der Wahrheit und Fairness nichts mehr zählen."

Und **zweitens** "Die wirklich entscheidenden Summen aber fließen längst woanders, abseits der staatlich regulierten Kanäle. Ihre TV-Spots überschreiten meist die Grenzen des politischen Anstands

und sind viel effektiver als die offiziellen, zahmeren Auftritte der Kandidaten selbst."

Anfang März 2012 wurden insgesamt 328 Super PAC's registriert, die auf republikanischer Seite durch die Sicherung der Wahlkampffinanzierung das spezielle Ziel verfolgen, Präsident Obama aus dem Weißen Haus zu kegeln.

In den Urteilen des Obersten Gerichtshofes der USA widerspiegeln sich Antworten für die US-Staatsbürger auf folgende wichtige innenpolitische Fragen und Probleme: Ist die Gesundheitsreform verfassungswidrig oder verfassungskonform? Wie müssen die USA mit ihren illegalen Einwanderern aus Lateinamerika, dem afrikanischen Kontinent oder aus den asiatischen Ländern umgehen? Und schließlich: Welche Funktionen erfüllt im gegenwärtigen Wahlkampf das "große" Geld?

Im weiteren Text sollen vor allem diese Fragen untersucht werden:

Der Wahlkampf 2012 und die besondere Bedeutung der Reform des Gesundheitswesens in den USA

In der bisherigen Geschichte der USA ist es nur zwei US-Präsidenten gelungen, auf dem Gebiet der Reformierung des Gesundheitswesens der USA solche Ergebnisse zu erzielen, die aus der Sicht des Nutzens für die gesamte Bevölkerung der USA das Prädikat "historisch" völlig zu Recht verdienen:

1935 Franklin Delano Roosevelt, Präsident zwischen 1933 und 1945. "Den entscheidenden Schritt des Bundes auf dem Weg zum Sozialstaat markierte das Gesetz über die soziale Sicherheit von 1935, durch das eine Arbeitslosenversicherung und eine Altersrente eingeführt wurden... Beide Grundprinzipien des Sozialstaates, die beitragsfinanzierte Sozialversicherung (social security) und die steuerfinanzierte Sozialhilfe oder Sozialfürsorge (welfare) gehen auf die 30er Jahre zurück."

(Quelle: Die amerikanischen Präsidenten. Herausgegeben von Jürgen Heideking. Verlag C. H. Beck München. ISBN 3 406 39804 9, Seite 316)

1965 Lyndon B. Johnson, Präsident von 1963 bis 1969. Sein Verdienst war die Einführung einer Krankenversicherung für Senioren (Medicaid) und Arme (Medicare). Der Staat garantierte nunmehr die notwendige Gesundheitsversorgung aller Senioren.

(Quelle: ebenda, S. 366.)

Dies waren zwei sozialpolitische Errungenschaften, die sich bis heute bewährt haben. Alle anderen Versuche von US-Präsidenten zur grundlegenden Reformierung des US-Gesundheitssystems führten nicht zum Erfolg.

Präsident Obamas Gesundheitsprojekt

Seit der Präsidentschaft Barack Obamas hatte sich sowohl im Gesundheitswesen, als auch im Verfassungsrecht unter den spezifischen US-amerikanischen Bedingungen ein zweifacher Kompetenzstreit entwickelt: Darf der Staat seinen Bürgern den Abschluss einer Krankenversicherung gegen deren Willen als Pflicht abverlangen, und wer ist für die Regelung des Gesundheitswesens zuständig, die einzelnen 50 US-Bundesstaaten oder der Bund, d. h, sowohl der Präsident mit seinem Machtapparat (Weißes Haus und US-Administration) als auch das Bundsparlament, also die beiden Kammern des Kongresses.

Im Sommer 2009 nahm Präsident Barack Obama die Forderung nach einer Reform des Gesundheitssystems der USA als einen Schwerpunkt in seine politische Strategie auf. Das "Gesetz für Patientenschutz und bezahlbare Gesundheitsversorgung" wurde sein wichtigstes innenpolitisches Projekt. Es ist inzwischen ein über 900 Seiten starkes Regelwerk, das er am 23. März 2010 unterzeichnete und damit in Kraft setzte.

Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes werden im Verlaufe mehrerer Jahre eingeführt. Am Ende sollen 95 Prozent der rund 310

Millionen US-amerikanischer Bürger staatlich versichert sein. Vor der Reform waren es 83 Prozent, vor allem jedoch auf privatrechtlicher Basis. Für 32 Millionen US-Bürger, die bisher keine Krankenversicherung hatten, wird ein sozialer Mindestschutz im Krankheitsfall ermöglicht

Die von Obama angestrebte Reform des Gesundheitswesens ist mit dem seit Jahrzehnten größten Umbau des Sozialsystems insgesamt verbunden. Das erklärt letztendlich, dass diese Reform zu einem der Dreh- und Angelpunkte der politischen Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern geworden ist; berührt sie doch die Interessen kapitalistischer, marktwirtschaftlicher Institutionen, die letztendlich involviert sind.

Das wird an folgenden Entwicklungsetappen deutlich:

- 4. November 2008: Barack Obama gewinnt die Wahl zum Präsidenten der USA. Zu seinen dazu abgegebenen Versprechungen gehört eine tief greifende Reform des Gesundheitswesens der USA.
- 5. März 2009: Ein Treffen von Kongressmitgliedern, Vertretern von Industrie und Gewerkschaften sowie Gesundheitsexperten im Weißen Haus stellt die ersten Weichen für die Reform. Die Federführung zur Ausarbeitung des Gesetzes überlässt Obama dem Kongress, wo seine Demokraten eine breite Mehrheit besitzen.
- August 2009: Während der politischen Sommerpause entbrennt ein heftiger Streit über das Reformprojekt. Die Republikaner wettern gegen dieses Vorhaben, eine staatliche Krankenversicherung einzuführen. Im ganzen Land organisiert die erzkonservative Tea-Party-Bewegung lautstarke Proteste gegen "Obamacare".
- 7. November 2009: Das Repräsentantenhaus billigt mit knapper Mehrheit einen Entwurf, der die Einrichtung einer staatlichen Krankenversicherung als Alternative zu privaten Anbietern beinhaltet.
- 24. Dezember 2009: Der Senat verabschiedet einen eigenen Entwurf des Gesetzes für die Gesundheitsreform, der auf eine staatliche Krankenversicherung verzichtet.

- 19. Januar 2010: Bei einer Nachwahl verlieren die Demokraten ihre Super-Mehrheit von 60 der 100 Stimmen im Senat. Ein gemeinsamer Entwurf beider Kongresskammern ist zum Scheitern verurteilt, weil die Republikaner diesen nun im Senat blockieren können.
- 22. Februar 2010: Obama stellt einen Kompromissentwurf vor.
- 21. März 2010: Das Repräsentantenhaus billigt schließlich die Vorlage, die der Senat im Dezember 2009 verabschiedet hatte. Außerdem stimmen die Abgeordneten für ein Änderungspaket, das wenige Tage später dank einer Sonderregelung mit einfacher Mehrheit den Senat passiert.
- 23. März 2010: Obama setzt die Reform des Gesundheitswesens der USA mit seiner Unterschrift in Kraft.
- 13. Dezember 2010: Ein Bundesgericht im US-Bundesstaat Virginia erklärt die Gesundheitsreform in Teilen für verfassungswidrig.
- 14. November 2011: Der Oberste Gerichtshof der USA in Washington zieht den Fall an sich, um für rechtliche Klarheit zu sorgen.
- Am 28. Juni 2012 bestätigte der Oberste Gerichtshof mit einem 5:4-Urteil prinzipiell die Übereinstimmung der Obama - Gesundheitsreform mit der Verfassung der USA. Die neun Richter billigten die Einführung einer Pflichtversicherung für die meisten US-amerikanischen Bürger ab 2014. Dies war der umstrittenste Punkt des gesamten Reformwerks.

Das "National Center for Health Statistics" veröffentlichte für 2011 folgenden Stand der "Krankenversicherten in der US-Bevölkerung bis 65 Jahre":

- Ohne Krankenversicherung: 17,3 %.
- Öffentlich versichert: 23,0 %.
- Privat versichert: 61,2 %.

Ohne Krankenversicherung waren in den Altersgruppen der

- unter 18 jährigen 7,0 %,
- 18 bis 24 jährigen 25,9 %,
- 25 bis 34 jährigen 28,2 %,
- 35 bis 44 jährigen 22,3 %,

- 45 bis 64 jährigen 15,5 %.

Keine Krankenversicherung hatten in den Bevölkerungsgruppen der

- Hispanics 29,8 %,
- Schwarzen 17,4 %,
- Asiaten 14,6 %,
- Weißen 11,0 %.

(Quellen: Die deutsche Übersetzung der statistischen Angaben und der ausgewertete Beitrag "Leidensweg eines Projekts" siehe DER TAGESSPIEGEL vom 29. Juni 2012, S. 2.

Zum Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Krankenversicherung.

Das weiter oben genannte knappe Urteil des Obersten Gerichtshof und seine politische Bedeutung bedarf weiterer Erläuterung.

Im zentralen Machtapparat des politischen Zwei-Parteien-Systems der USA nimmt der aus neun Mitgliedern bestehende Oberste Gerichtshof eine besondere Position ein. Zwei Merkmale sind dabei ausschlaggebend:

Erstens ist der Oberste Gerichtshof das einzige zentrale Machtorgan in den USA, das durch eigene Mehrheitsbeschlüsse grundlegende Veränderungen zu Fragen, die im politischen Gesamtsystem eine Rolle spielen, einleiten und ihre praktische Umsetzung erreichen kann, an die sich sowohl der Präsident als auch der Kongress zu halten haben. Das betrifft vor allem Gesetze, die durch Nachweis von Verfassungswidrigkeit für ungültig erklärt werden können, dadurch die juristische Rechtskraft verlieren und abgesetzt werden müssen. Und das betrifft personelle Rechtsentscheidungen bis in höchste politische Ämter, wie beispielsweise im Jahre 2004 das 5:4-Urteil des Obersten Gerichtshofes zu Gunsten einer zweiten Amtsperiode für US-Präsident George W. Bush und gegen den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei Al Gore, der bei der Wahl deutlich mehr Stimmen von Wählerinnen und Wählern auf sich vereinigen konnte.

Und zweitens: Der US-Präsident ist als einziger Politiker in den USA dazu berechtigt, die Besetzung der neun Mitglieder des Obersten Gerichtshofes durch Ernennung und Berufung, die auf Lebenszeit erfolgt, zu entscheiden, was allerdings der unbedingten Zustimmung durch den Senat bedarf.

Die neun Bundesrichter sind in ihren politischen Ausrichtungen tief gespalten wie die gesamte Gesellschaft in den USA: Vier von ihnen stimmen in der Regel mit den Republikanern überein: Samuel Alito, John Roberts, Antonin Scalia und Clarence Thomas. Vier stehen den Demokraten nahe: Steven Breyer, Ruth Bader Ginsburg, Elena Kagan und Sonia Sotomajor.

Den Ausschlag gab meistens Richter Anthony Kennedy als "Zünglein an der Waage".

In dem konkreten Fall gab es Ausnahmen:

- Der Haupttrichter John Roberts, ein ausgemachter Gegenspieler von Präsident Obama und überzeugt handelnder konservativer Politiker, wurde von George W. Bush auf Lebenszeit zum Mitglied des Obersten Gerichts ernannt. Er entschied sich jedoch diesmal zugunsten der Gesundheitsreform des Präsidenten Obama.
- Richter Antony Kennedy stimmte diesmal dagegen.

So kam es zum 5:4-Gesamtergebnis für die Gesundheitsreform.

Kern der Reform ist die Vorgabe, dass jeder US-Bürger eine Krankenversicherung abschließt oder eine Abgabe bezahlen muss. Dies sei zulässig, wenn die Abgabe als Steuer und nicht als Strafe interpretiert wird. Wäre es eine Strafe, müsste sich der Bund auf eine Regelungskompetenz berufen, die sich auf eine "Commerce Clause" stützt. Das wäre jedoch verfassungswidrig. In Steuerfragen allerdings besitzt der Bund eine weit reichende Kompetenz, die als verfassungskonform einzuschätzen ist.

Zurückgewiesen wurde Obama mit seiner Abgrenzung der Regelkompetenz: Er wollte damit die US-Bundesstaaten verpflichten, die Gesundheitsversorgung für Arme, die über keine ausreichende

Krankenversicherung verfügen, auf Kosten des Programms "Medicaid" abzusichern. Das sei nicht zulässig, entschieden die Richter.

Am 29. Juni 2012 veröffentlichte Marc Pitzke, ein bekannter Journalist und Wahlbeobachter; aus New York per SPIEGEL ONLINE seine Bewertung der Zustimmung des Hauptrichters Roberts zur Gesundheitsreform mit der Artikelüberschrift "Der Mann, der Obama rettete - und sich selbst". Darin heißt es: "Roberts' juristischer wie politischer Schachzug ist kaum der Sinneswandel eines geläuterten Rechten. Im Gegenteil: Das von ihm verfasste und persönlich vorgebrachte Urteil rettet zwar Obamas Gesundheitsreform, aber verankert zugleich die vom Gericht angeblich zurückgewiesenen konservativen Prinzipien - dauerhaft. ... Doch Roberts votierte in allen Kernpunkten mit seinen konservativen Kollegen - vor allem gegen das Hauptargument der Regierung, der Kongress könne den Handel regulieren und somit auch das Gesundheitswesen. Der Vorsitzende schloss sich allen Argumenten gegen die Reform an, ließ diese am Ende dann trotzdem bestehen - mit einem juristischen Trick: Er rechtfertigte clever ihr Herzstück, die Versicherungspflicht für alle, mit der Steuerhoheit des Kongresses. ... 'Er hat sich kugelsicher gemacht gegen Unterstellungen, von Parteiloyalität animiert zu sein ... als Bannerträger einer mutmaßlichen Überparteilichkeit. ... Mit seinem Vorgehen rettet Roberts nicht nur Obamas Gesundheitsreform, sondern auch das ganze Gericht vor einem Verriss. ... Sollte Obama im November das politische Risiko der Gesundheitsreform mit seinem Amt bezahlen und der Republikaner Mitt Romney die Wahl gewinnen, sähe es sowieso schlecht aus für die liberalen Freunde des Supreme Courts

Die Reaktion der Republikaner auf dieses Urteil

Bekanntlich haben die Republikaner seit ihrer Eroberung der Mehrheit im Repräsentantenhaus bei den Zwischenwahlen 2011 die Rücknahme der Gesundheitsreform zu einem ihrer Hauptziele erklärt. Auch nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes beharren sie weiter auf Konfrontation. Kompromisse lehnen sie bis jetzt strikt ab. Am 11. Juli 2012 beschlossen sie in einer weiteren Abstimmungsrunde wiederum das Aus für die Gesundheitsreform mit ei-

nem entsprechenden Gesetz herbeizuführen. Dieser Schritt gilt als rein symbolisch, da die Demokraten mit ihrer Mehrheit im Senat das Gesetz blockieren. Zudem kann Präsident Obama sein Veto einlegen.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney betonte seine weitere Kampfbereitschaft. Er werde das gesamte Reformwerk rückgängig machen, falls er im November die Präsidentschaftswahl gewinnen sollte: "Es war gestern ein schlechtes Gesetz, und es ist heute ein schlechtes Gesetz", sagte Romney nur wenige Stunden nach der Verkündung des Urteils durch das Gericht.

Eine ganze Reihe Wahlbeobachter und Presseberichterstatter kamen auf Grund des am darauf folgenden Wochenende vor sich gegangenen Rede-Duells beider Politiker, Obama und Romney, zu dem Schluss, dass sich in der Hauptstadt Washington eine wahre Schlammschlacht entwickelt hat. In der Berliner Zeitung vom 17. Juli 2012 auf Seite 7 wird der dazu von Damir Fras angefertigte Bericht wiedergegeben. Präsident Obama hat in einem Fernsehinterview zugegeben, dass es ihm im Vergleich zur Zeit vor vier Jahren nicht gelungen sei, die politische Kultur in den USA zu verbessern: "Ich habe zweifellos unterschätzt, wie sehr die Politik in dieser Stadt das Lösen von Problemen behindert." Es herrsche eine politische Atmosphäre, in der Anstand und Vernunft nicht gewahrt werden.

Damir Fras berichtet: "Die Wahlkampfteams Obamas und seines republikanischen Herausforderers Mitt Romney tun nichts zur Verbesserung der Atmosphäre. Im Gegenteil: Alle Anstrengungen sind darauf gerichtet, den jeweiligen Konkurrenten mit Schmutz zu bewerfen.

Romneys Truppe kündigte jetzt an, den Präsidenten in Anzeigen und TV-Spots der Vetternwirtschaft auf Kosten des Mittelstandes zu zeihen. Wer Barack Obama Geld spende, dem werde es gut gehen, sagte Romney-Berater Ed Gillespie. Wer allerdings nur ein Arbeiter sei, der müsse um seinen Job fürchten. Das Wahlkampfteam des Multimillionärs Romney will etwa auf das Windenergie-Unternehmen First Wind hinweisen, das erst einen früheren Ver-

trauten von Vize-Präsident Joseph Biden als Lobbyist engagiert und danach fast eine halbe Milliarde Dollar aus dem staatlichen Konjunkturprogramm erhalten habe. Ähnliche Vorteile hätten die Solarenergie-Firma Solyndra und der Hersteller von Elektroautos, Fisker Automotive, genossen.

Die Anzeigenkampagne der Republikaner ist die Reaktion auf heftige Angriffe aus dem Obama-Lager auf den konservativen Präsidentschaftskandidaten. In den vergangenen Tagen wurde Romney von den demokratischen Wahlkämpfern als Heuschreckenkapitalist charakterisiert, der sein Geld mit der Verlagerung von US-Arbeitsplätzen ins Ausland verdient habe und jetzt den Wählern weismachen wolle, er sei befähigt, die schwächelnde US-Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen."

Die Republikaner rüsten neu zum Kampf mit dem Ziel, durch Mobilisierung von Massen an Wählerinnen und Wählern den von den Demokraten gefeierten Sieg bei der Gesundheitsreform zum so genannten Pyrrhussieg für Obama umzuwandeln. Die Tea-Party trommelt wieder ihre Wuttruppen zusammen, scheucht die lethargische Basis auf, verbunkert sich noch tiefer in ihrer extrem rechten Ideologie, ignoriert einfach das Gerichtsurteil und schwört, es Obama heimzuzahlen. Die Tea-Party-Ikone Michele Bachmann schrieb: "Wir müssen kämpfen" und rief ihre Anhänger dazu auf: "Leisten Sie einen Beitrag von 25, 50 oder 100 Dollar."

Das Weiße Haus hofft, dass die meisten Wähler bis zum Wahntag den Nutzen der Gesundheitsreform erkannt und am eigenen Leib erfahren haben. Die Reform nutze fast jedem Bürger der USA. Rund 160 Millionen, die sich bisher keine solche Versicherung leisten konnten oder aufgrund vorheriger Krankheiten davon ausgeschlossen waren, könnten nunmehr erstmals aufatmen. Ungefähr 250 Millionen Versicherte müssten weniger zahlen, darunter 5,3 Millionen Senioren. Fast 13 Millionen Betroffene bekämen sogar Geld zurück.

Spätestens am 6. November 2012 wird durch die Wähler entschieden, ob der Triumph Obamas dauerhaften Bestand haben oder ob

er verfolgt sein wird; sein Eintrag in die Geschichtsbücher der USA ist ihm nicht mehr zu nehmen.

Die Darlegungen machen deutlich, dass es in den politischen Auseinandersetzungen zur Gesundheitsreform um weit mehr als um juristische Fragen oder Richterstimmen im Obersten Gerichtshof der USA geht. Für die Wählerinnen und Wähler steht das gesamte politische, ökonomische und soziale Programm sowohl des Präsidenten Barack Obama als auch der beiden Fraktionen der Demokraten im Kongress (Senat und REPRÄSENTATENHAUS⁹ auf dem Prüfstand. Das betrifft im Besonderen auch die Einlösung der Wahlversprechen Obamas.

In Berichten praktisch aller Medien wird in letzter Zeit bereits mit Nachdruck hervorgehoben, dass vor allem nach Stattfinden der Parteitage, der Republikaner (27. - 30. August in Tampa/Florida) einerseits und der Demokraten (3. - 6. September in Charlotte/Nord Carolina) andererseits, bis zum Wahltag härteste Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den nominierten Kandidaten bevorstehen.

Das wird auch deutlich, wenn man zwei weitere Urteile des Obersten Gerichtshofes betrachtet, die für den gegenwärtigen Wahlkampf durchaus relevant sind

Das Urteil zum Immigrationsgesetz des Bundesstaates Arizona

Das umstrittene Immigrationsgesetz in Arizona wurde durch zwei Mehrheitsbeschlüsse des Obersten Gerichtshofes gekippt. Der Kampf gegen die illegale Einwanderung wurde im US-Bundesstaat Arizona auf der juristischen Grundlage eines eigenen Gesetzes geführt, aber die damit verbundenen Fragen und Probleme waren in der Tat keine Angelegenheit von Einzelstaaten, sondern gehören in den Verantwortungsbereich der Zentrale. Im Juli 2010 hatte kurz vor Inkrafttreten des Einwanderungsgesetzes in Arizona ein Bundesgericht den Entwurf dieses Gesetzes aufgrund einer Klage der Obama-Administration teilweise für ungültig erklärt. Im April 2011 wurde diese Entscheidung in einem Berufungsurteil bestätigt. Die

republikanische Gouverneurin von Arizona, Jan Brewer, zog daraufhin vor den Obersten Gerichtshof. Sie warf Washington vor, den Bundesstaat an der Grenze zu Mexiko im Kampf gegen illegale Einwanderung nicht ausreichend unterstützt zu haben.

Am 25. Juni verkündete der Oberste Gerichtshof seine zwei Mehrheitsbeschlüsse, die das umstrittene Einwanderungsgesetz in Arizona kippten. Eine Entscheidung fiel mit dem Ergebnis 5:3 Richterstimmen, weil eine Richterin sich nicht daran beteiligt hatte; denn sie hatte vor ihrer Berufung zum Obersten Gericht auf der Regierungsseite bei den Vorbereitungen auf den Rechtsstreit mitgewirkt. Drei Kernpunkte des Einwanderungsgesetzes des Bundesstaates Arizona wurden als verfassungswidrig eingestuft, weil damit unzulässig in Bundeskompetenzen eingegriffen worden sei.

In einem zweiten Mehrheitsbeschluss mit 5:4 Stimmen erklärte der Oberste Gerichtshof lebenslange Haftstrafen für Minderjährige ohne Chance auf Bewährung für verfassungswidrig. Die Obersten Richter gaben zwei verurteilten Mördern aus den Bundesstaaten Alabama und Arkansas Recht, die ihre Taten als Jugendliche begangen und dafür lebenslänglich bekommen hatten. Der Supreme Court sah darin einen Verstoß gegen das in der Verfassung verankerte Verbot von "grausamer und ungewöhnlicher Bestrafung". Die Gerichte mussten die Möglichkeit haben, mildernde Umstände zu prüfen, ehe sie die schwerstmögliche Strafe gegen Minderjährige verhängen. In den USA sitzen derzeit etwa 2.500 Straftäter bis an ihr Lebensende hinter Gittern für Verbrechen, die sie als Jugendliche begangen haben.

Das Gesamtergebnis gilt als Erfolg für Präsident Barack Obama, dessen Regierung geklagt hatte. Er lockerte die Einwanderungspolitik der USA und entschärfte das Einwanderungsgesetz. Jugendliche illegale Einwanderer werden ab sofort nicht mehr abgeschoben. Sie erhalten außerdem das Recht, sich für einen Arbeitsplatz zu bewerben. Die Ministerin für Heimatschutz, Janet Napolitano, erläuterte, dass die Neuregelungen zunächst auf zwei Jahre befristet seien und nur für Einwanderer gelten, die nicht älter als 30 Jahre alt sind und zum Zeitpunkt ihrer Einreise höchstens 16 Jahre alt waren. Die Migranten dürfen nicht strafrechtlich aufgefallen sein und müssen für eine Arbeitserlaubnis einen Schulabschluss vorweisen. Nach

Angaben des Weißen Hauses sind davon etwa 800.000 Menschen betroffen.

Die Änderungen könnten laut Einschätzungen von Wahlexperten durchaus Einfluss auf die Präsidentenwahl am 6. November nehmen. In mehreren Bundesstaaten, beispielsweise Florida und Nevada, gilt das Votum der Latino-Bevölkerung als möglicherweise entscheidend. Die verfügten Neuregelungen entsprechen einem Gesetzentwurf namens "Dream Act", den Obama aufgrund des Widerstandes der Republikaner im Kongress bisher nicht durchsetzen konnte.

Kritische Stimmen aus dem republikanischen Lager beinhalten u. a. den Vorwurf, dass illegale Einwanderer nun auf den Arbeitsmarkt drängen würden und US-Amerikanern die Jobs wegnehmen könnten.

Der im August durch den Parteitag der Republikaner zu bestätigende Herausforderer von Präsident Obama wird sich auf dem Gebiet der Immigrationspolitik für eine neue Konzeption entscheiden müssen. Sich allein auf die Bedürfnisse und Forderungen der weißen Wählerschaft zu konzentrieren, wie das gegenwärtig bei Mitt Romney zu beobachten ist, dürfte für einen Gesamterfolg nicht ausreichen. Bei seinem Auftritt vor der Bürgerrechtsorganisation NAACP, die für die Rechte der Farbigen eintritt, wurde er ausgebuht. In Parteikreisen der Republikaner wurde bereits erwogen, die rassistischen Tendenzen bei Romney durch die Nominierung einer farbigen Vizepräsidentin zu übertünchen. Im Spiel ist an erster Stelle hier Condoleezza Rice, die erste Afroamerikanerin im Amt der Außenministerin der USA. Fraglich ist aber noch, ob sie einer Kandidatur als Vizepräsidentin in Spe zustimmen wird oder weiterhin bei ihrer Ablehnung bleibt. Auf der Vorschlagsliste für diese Funktion befinden sich auch noch weitere bekannte Persönlichkeiten mit ähnlichen Qualitäten.

Das Urteil zu den neuen Regeln der Finanzierung des Wahlkampfes

Die dritte innenpolitische Problematik, die im Juni 2012 die Gemüter vieler Menschen in den USA so ungewöhnlich stark erhitzte, war mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zu neuen Regeln über die Finanzierung im Wahlkampf entstehender Kosten untrennbar verbunden. Es geht in dieser Auseinandersetzung um die Rolle und Funktion des großen Geldes im Wahlkampf.

Im Streit über die Wahlkampffinanzierung in den USA entschied der Oberste Gerichtshof im Jahr 2010, dass Einschränkungen von Wahlkampfspenden durch Firmen und Organisationen unzulässig sind. Seitdem explodierten die Ausgaben bei Akteuren, die bei der Übernahme der Kosten durch "Super PACs" gern anonym bleiben möchten, obwohl das Gesetz die namentliche Offenlegung der Geldgeber fordert.

Die Super PACs (Political Action Comitees) sind eine Organisationsform für das Sammeln von Geldspenden. Sie schalten vor allem aggressive, oft in die Irre führende Werbespots in Radio- und Fernsehendungen. Die betroffene andere Seite wird hart angegriffen. Republikanische Gruppen wie "American Crossroads" hetzen gegen Obama, liberale PACs wie "Priorities USA" attackieren Romney.

Versuche, solche Handlungsarten mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen zu ändern und zu reformieren, scheiterten bisher. Am 25. Juni 2012 hatten demokratische Senatoren dafür einen Gesetzentwurf dem Senat zur Bestätigung vorgelegt, aber am Widerstand der Republikaner scheiterte diese Aktion. Der bekannte demokratische Senator Harry Reid erklärte nach der verlorenen Abstimmung: "Vielleicht wollen die Republikaner ein paar Milliarden schützen, die neunstellige Summen ausgeben, um eine enge Präsidentenwahl zu beeinflussen. ... Wenn dieser Geldfluss von Außen anhält, dann werden 17 zornige, alte, weiße Männer am Tag nach der Wahl aufatmen und realisieren, dass sie gerade das Land gekauft haben."

Man kann sich sehr gut vorstellen, dass Senator Reid froh darüber gewesen wäre, wenn seine Fraktion über ähnlich viele zornige, alte Männer mit dicken Geldbeuteln verfügt hätte wie sie in der Tat die Republikaner haben.

Die Spendensammler bei den Republikanern und den Demokraten nutzen die Organisationsformen der Super-PACs mit Erfolg. Die bisher bekannt gewordenen erzielten Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass es den Republikanern besser und damit erfolgreicher gelang, die Wahlkosten finanziert zu bekommen. Dabei gefällt es Ihnen aber nicht besonders, dass die PACs ihre Spendenergebnisse laut Gesetz offen darlegen müssen.

Bekannt geworden ist das Beispiel des "Congressional Leadership Fund", der als Super-PAC der Republikaner sechs Millionen Dollar zur Finanzierung von Fernsehspots reserviert hat, die erst im Herbst 2012 ausgestrahlt werden sollen, um den Demokraten mit ihrem Präsidenten Barack Obama im Wahlkampf weitere ernste Niederlagen beibringen zu können.

Im kleinen US-Bundesstaat Montana an der US-amerikanisch-kanadischen Grenze mit seinen 957.900 Einwohnern hat der Mehrheitsbeschluss über die Rolle und Funktion des Geldes im Wahlkampf ganz andere heiße Diskussionen ausgelöst. Eine konservative Polit-Organisation von Montana klagte gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofes, weil in Montana bereits seit 1912 ein Antikorruptionsgesetz existiert, das bei der Rechtsprechung praktisch angewandt wird. Konzernspenden werden in Montana in Zeiten der Wahlkämpfe dramatisch beschränkt, aber das Urteil des Obersten Gerichtshofes habe unter dem Namen "Citizens United" alle Spendenschranken beseitigt.

Linke Gruppen sehen im "Montana-Fall" ihre beste Chance, die Forderung nach Aufhebung des umstrittenen Gerichtsurteils zu Spenden von 2010 erneut ins Spiel zu bringen.

Republikaner, die einen sehr viel besseren Draht zu spendenfreudigen Konzernen haben, setzen dagegen auf eine Bestätigung von "Citizens United", wonach einer Firma oder Organisation das gleiche Recht auf freie Meinungsäußerung eingeräumt werden müsste, wie einem Staatsbürger der USA.

Und Präsident Barack Obama könnte den Montana-Fall als Ausgangspunkt für neue Angriffe gegen Mitt Romney nutzen, denn der hatte sich im Wahlkampf bereits mit dem Satz klar und eindeutig positioniert: "Firmen sind auch nur Menschen".

Insgesamt wird deutlich, dass in diesem Wahlkampf den innenpolitischen Problemen der USA eine besondere Rolle zukommt. Das ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass der amtierende Präsident Obama auf Grund vieler Wahlversprechen gerade auf diesem Gebiet in großen Teilen der Bevölkerung der USA als Hoffnungsträger für ein besseres Leben galt. Viele dieser Versprechen wurden – aus welchen Gründen auch immer – nicht verwirklicht bzw. durch Kompromisse oder Zugeständnisse an die politischen Gegner im Lager der Republikaner verwässert oder relativiert. Das nützt den Republikanern wiederum im gegenwärtigen Wahlkampf.

Im August 2012 finden – wie bereits erwähnt – die Parteitage der Republikanischen Partei und der Demokratischen Partei statt. Sie läuten die entscheidende Abschlussphase des Wahlkampfjahres 2012 ein. Die Delegierten wählen ihre Präsidentschaftskandidaten und deren jeweiligen Vize für den Wahltag, den 6. November 2012. Außerdem ist es die Verpflichtung der Parteitagsdelegierten, die Wahlprogramme zu bestätigen, in denen ganz nach gepflegter Tradition Wahlversprechungen auf den Gebieten der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik dominieren. Insgesamt wenden sich die beiden großbürgerlichen Parteien damit an das Wahlvolk, erwarten aktive Unterstützung durch möglichst viele Wählerinnen und Wähler und hoffen auf den Sieg ihrer Kandidaten.

Die bisherigen Analysen lassen heute keine schlüssige Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage „Wer gewinnt das Weiße Haus“ zu. Allerdings wird deutlich, dass davon sehr viel für die Zukunft im weltpolitischen Maßstab aber vor allem auch für die innenpolitische Entwicklung in den USA – auch unter Beachtung der dialektischen Wechselbeziehung dieser beiden Politikfelder – abhängt.